
Selbstbestimmung des Volkes der DDR

Renate Damus zur Wiedervereinigungs-Debatte

Prof. Dr. Renate Damus, geb. 1940 in Karlsruhe, Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Geschichte in Freiburg, Zürich und Berlin, lehrt an der Universität Osnabrück. Sie ist seit Dezember 1988 im Bundesvorstand der GRÜNEN.

Wer hätte je gedacht, daß die Mauer noch in dem Jahr fällt, in dem ihr vom ehemaligen Partei- und Staatsratsvorsitzenden Honecker eine hundert] ährige Existenz geweissagt wurde? Und wer hätte sich bis vor kurzem träumen lassen, daß das Wiedersehen der Menschen aus beiden deutschen Staaten nicht der politischen Rechten in der Bundesrepublik zugute kommt? Insofern sollte die Linke die Gelegenheit nutzen, ihre berechtigten Vorbehalte gegenüber allem, was mit Nation und Nationalstaat zu tun hat, zu überdenken und neu zu bestimmen. Die frohstimmende Tatsache, daß die Emotionen der Menschen nicht der politischen Rechten zugute kommen, daß Kohl das Deutschlandlied vor dem Schöneberger Rathaus beinahe solo singen mußte, hat verschiedene Ursachen. Zentral ist sicherlich, daß die Veränderungen in der DDR ermöglicht wurden durch die Politik Gorbatschows, durch Perestroika und Glasnost in der UdSSR. Reformprozesse hatte es auch schon vorher in Ungarn und Polen gegeben, aber erst die Erneuerung in der UdSSR machte diese Reformprozesse unumkehrbar. Ein Gespenst geht um in Osteuropa - das Gespenst der Selbstbestimmung des Volkes. Es war eine Frage der Zeit, wann die DDR davon erfaßt werden würde.

Das Bedürfnis nach Selbstbestimmung, Demokratie und Freiheit („Wir sind das Volk“, so die Demonstranten in Leipzig) läßt sich schlecht von Mitte-Rechts instrumentalisieren oder beerben. Schon gar nicht, wenn es aus dem Osten kommt. Schwer haben es Mitte-Rechtspositionen auch deshalb, weil die DDR-Opposition zwar nichts vom „realen Sozialismus“ wissen will, sozialistisches Gedankengut aber (zum Beispiel die Vergesellschaftung der Großindustrie) damit keineswegs ablehnt. Wer in der DDR nicht die „Wiedervereinigung“ als Anschluß an die Bundesrepublik bejaht, der denkt zumindest partiell in gesellschaftlichen Alternativen jenseits von Kapitalismus und „realem

Sozialismus". Sollte sich die einstweilen vereinzelt anklingende Forderung nach „Wiedervereinigung“ verstärkt artikulieren, ja vorherrschend werden, wäre dies ein Indiz dafür, daß die Selbstbestimmung dem Volk vorenthalten wurde und weiterhin massive ökonomische und ökologische Probleme bestehen, die aus dem Willen zur Herrschaftserhaltung resultieren. Solange dem nicht so ist (und im Interesse des Volkes der DDR sollte es niemand wünschen), hat die Konservative beziehungsweise die Rechte in der Bundesrepublik keine Chance, die evolutionäre Revolution in der DDR, aber auch in anderen ostmitteleuropäischen Staaten, für sich zu verbuchen.

Diejenigen, die mehr Demokratie auch in der Bundesrepublik anstreben, kann das hoffnungsvoll stimmen - solange eine konzeptionslose Flucht vor dem „realen Sozialismus“ die ostmitteleuropäischen Staaten nicht in die Arme des scheinbar parlamentarisch-repräsentativen Systems mit seiner sogenannten sozialen Marktwirtschaft treibt. Der Geist des Kapitalismus hat schon einmal und sehr früh den Sozialismus besiegt - mit der einseitigen Ausrichtung auf Wachstum und auf ein entsprechendes Verständnis von Fortschritt und Effektivität. In Anbetracht des ökologischen, humanitären, sozialen und demokratischen Preises für diesen „Fortschritt“ sollte es den Gesellschaften in Ostmitteleuropa gelingen, einen eigenen Weg zu finden und nicht erneut dem Kapitalismus zu unterliegen. Die Gefahr ist allerdings groß. Zu plötzlich kam der Wandel. Den Herrschenden wie den noch immer Beherrschten mangelt es an Konzepten für die Gestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Gefahr des Rückgriffs auf westlich-kapitalistische Muster ist auf beiden Seiten groß. Soweit es der Realsozialismus nicht vermochte, durch seine schlechte Realität eine linke Opposition zu zerstören, besteht bei ihr die Gefahr, daß sie auf Konzepte der Arbeiterbewegung zurückgreift, an deren gesellschaftlicher Sinnhaftigkeit heute mehr denn je gezweifelt werden kann. In Anbetracht der sozialen Ausdifferenzierung der Gesellschaften hin zu mehr Individualisierung wie in Anbetracht der notwendigen Ökologisierung der Ökonomie müssen neue Antworten gefunden werden.

Wie könnte in dieser deutsch-deutschen und in der gesamteuropäischen Situation ein „Bericht zur Lage in beiden deutschen Staaten“ aussehen - ein Bericht allerdings, der nicht auf Systemexport, sondern auf die Selbstbestimmung des „Volkes der DDR“ abzielt?

- 1.

Eine Bundesregierung müßte dann begrüßen, daß die DDR-Führung wichtige Teile ihrer eigenen Verfassung endlich ernst nimmt und ihren Bürgern Grundfreiheiten und Menschenrechte nicht länger versagt (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Reisefreiheit und so fort, Recht auf Kriegsdienstverweigerung). Sie würde die Ankündigung von allgemeinen, freien und geheimen Wahlen für 1990 und die damit verbundene Zulassung von - im derzeitigen System - oppositionellen Gruppen beziehungsweise Bewegungen (Neues Forum, Demokratie jetzt,

Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke) und Parteien (SDP in der DDR, Grüne Partei, FDU) begrüßen. Ebenso würde sie die Artikulation von Opposition und evolutionärer Ungeduld in der SED (oder: PDS = Partei Demokratischer Sozialismus) begrüßen und die Hoffnung ausdrücken, daß das Zusammenspiel von reformfreudiger Basis und reformwilliger Spitze in der SED mit den oppositionellen Gruppen, neuen Parteien beziehungsweise den sich reformierenden alten Blockparteien die Kräfte in der SED, in Staat und Wirtschaft zurückdrängt, die am Status quo festhalten. Ihr Ziel wäre eine enge Zusammenarbeit, insbesondere auf den Gebieten des integrierten Umweltschutzes, der Abrüstung und einseitiger Abrüstungsschritte im jeweiligen Block, der Auflösung der Blöcke und der Herausbildung des gemeinsamen Hauses Europa.

2.

Voraussetzung dafür wäre, die Existenz der DDR völkerrechtlich anzuerkennen und damit die Zweistaatlichkeit der deutschen Nation als Konsequenz des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges. Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der DDR kann und muß die völkerrechtliche Anerkennung der DDR uneingeschränkt sein. Selbstbestimmung nach innen in der DDR muß mit Selbstbeschränkung der Bundesrepublik nach außen einhergehen (Verzicht auf eine wie immer geartete Vereinigung), damit unsere Nachbarn in Ost und West nicht der Gefahr einer deutschen politischen und ökonomischen Hegemonie ausgesetzt sind. Voraussetzung wäre, daß wir zu materiellen und ideellen Verbesserungen in der DDR im Interesse der dort lebenden und bleiben wollenden Menschen beitragen, also alles unterlassen, was zu einer wirtschaftlichen Destabilisierung, einem wirtschaftlichen Ausbluten und zu einer sozialen Destabilisierung der DDR führt. Wer ernsthaft von der Selbstbestimmung des Volkes der DDR spricht, kann weder eine „Vereinigung“ auf dem Boden der Bundesrepublik noch einen „Anschluß“ der DDR wollen. Es muß alles dafür getan werden, die Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung zu ermöglichen und ihre materielle Wohlfahrt zu fördern, wozu entscheidend die Verbesserung der natürlichen Mitwelt gehört.

Hilfe sollte daher nicht gebunden sein an die Übernahme marktwirtschaftlicher Mechanismen beziehungsweise des marktwirtschaftlichen und des parlamentarisch-repräsentativen Systems seitens ostmitteleuropäischer Staaten. Menschenrechte: ja, denn sie sind unteilbar; politischer Pluralismus und Vereinigungsfreiheit: ja; Systemexport: nein - denn jedes Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung seiner ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen.

3.

Einige Probleme wären schnell und vordringlich zu lösen. Bezogen auf die Bundesrepublik haben die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa zu einer Verschärfung der Lage der sozial schwachen Schichten geführt. Es muß daher

mit wohnungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und einer praktizierten Bejahung der multikulturellen Gesellschaft verhindert werden, daß Übersiedler, Aussiedler, Asylsuchende und sozial Schwache beziehungsweise Arbeitslose gegeneinander ausgespielt werden. Es geht einerseits sozial-humanitär darum, keine Zwei-Drittel-Gesellschaft zuzulassen, in der die Schwachen in erster Linie einen Überlebenskampf untereinander führen — mit den Folgen der Ausgrenzung der gesellschaftlich Schwächsten und zunehmender Fremdenfeindlichkeit. Es geht andererseits politisch-gesellschaftlich darum, gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen - auch damit die betroffenen Menschen die Lösung ihrer Probleme, ihre existentielle Sicherheit nicht in der Flucht vor der Freiheit im Rechtsradikalismus suchen.

Die uneingeschränkte Reisefreiheit von DDR-Bürgern müßte gewährleistet sein, ohne daß deshalb die Grenzen sofort verschwinden. Es geht um Reisefreiheit und nicht um die nationalistische Phraseologie „Die Mauer muß weg“. Nicht nur die DDR-Regierung, sondern die DDR-Gesellschaft braucht, will sie Verhältnisse aufbauen, in denen zu leben lohnt, aus ökonomischen Gründen geregelte Grenzen. Die Gründe dafür lauten: Derzeit extrem subventionierte Grundnahrungsmittel und Konsumgüter erfordern Zollgrenzen, um einen ökonomischen Ausverkauf zu verhindern. Die derzeit noch bestehende Nicht-Konvertierbarkeit der DDR-Währung erfordert geregelte Grenzen, damit die DM nicht endgültig zur ersten Währung der DDR wird, und damit nicht kleine Gruppen in der DDR in blankem ökonomischem Egoismus Profiteure und Parasiten des ökonomischen Gefälles zwischen beiden deutschen Staaten werden mit all den negativen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. Die Suche nach einem demokratischen und ökonomischen System jenseits von Kapitalismus und „realem Sozialismus“ erfordert geregelte Grenzverhältnisse, um den ökonomischen Ausverkauf zu verhindern, auf den herumschwadronierendes westliches Kapital nur wartet.

Damit die Reisefreiheit als Grundrecht auch praktiziert werden kann, bedürfte es anstelle des menschenunwürdigen Begrüßungsgeldes eines deutsch-deutschen Devisenfonds, aus dem die Bürger ihre Reisemittel in der DDR in Empfang nehmen (Dies ist in der Zwischenzeit beschlossen, nur müßte der Fonds 5 Milliarden DM betragen, denn mit 200 DM läßt es sich nicht reisen). Die DDR sollte sich daran in ansehnlichem Ausmaß beteiligen. Der DDR bliebe damit der volkswirtschaftlich schädliche und völlig unrealistische Wechselkurs, wie er nach Öffnung der Mauer praktiziert wird, erspart. Die eingetauschte DDR-Mark sollte für bestimmte Zwecke verwandt werden (Stadt-erneuerung, Umweltschutz und so weiter).

Die Bundesregierung müßte ein groß angelegtes Programm zur ökonomischen und sozialen Zusammenarbeit mit der DDR und Osteuropa vereinbaren. Zwecks Finanzierung müßte die zweite Stufe der Steuerreform gestrichen werden, die zum 1. Januar 1990 in Kraft treten soll. Diese rund 10 Milliarden DM tragen im Sinne eines Lastenausgleiches der Tatsache Rechnung, daß die

beiden deutschen Staaten ungleich unter den Lasten des Sieges über das faschistische Deutschland zu tragen hatten. Wenn zudem von der Bundesanstalt für Arbeit vorgerechnet wird, wie günstig sich die Übersiedler aufgrund ihrer Alters- und Qualifikationsstruktur, Gesundheit und ihres Leistungswillens auf dem Arbeits- und Konsummarkt, auf die Sicherung der Renten in der Bundesrepublik auswirken, dann ist umgekehrt zu fragen, wie die Gesellschaft der DDR, zu der auch Alte, Schwache, Kranke, Behinderte, weniger Ausgebildete gehören, diesen Verlust ohne Lastenausgleich tragen soll. Dieser Lastenausgleich muß so erfolgen, daß er in Übereinstimmung mit der DDR-Regierung und der organisierten Opposition nicht zur weiteren Aufrechterhaltung der herrschenden Bürokratie beiträgt, Wirtschaftsreformen also nicht ersetzt. Er soll projektbezogen einen konkreten Beitrag zur Behebung von ökonomisch-sozialen und ökologischen Problemen in der DDR leisten. Der Lastenausgleich darf nicht mit Auflagen verbunden werden, die auf die Übernahme des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zielen. Es geht um Hilfe ohne Einmischung, um Selbstbestimmung in der DDR und damit um Selbstbeschränkung der Bundesrepublik nach außen.

Eine Hufe ohne Einmischung, ein entsprechendes Förderprogramm für die DDR dürfen nicht dazu führen, daß uns die Entwicklung insbesondere in Polen und Ungarn unberührt läßt. Auch hier muß geholfen werden. Vor allem Polen gegenüber stehen wir in einer historischen Bringschuld. Eine der vorrangigsten Maßnahmen ist die Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter. Es darf nicht ein deutscher Sonderweg mit neuen Etiketten verfolgt werden, der das gemeinsame Haus Europa verhindern würde.

Da sich in Ostmitteleuropa die nach außen abgeschotteten gemeinsamen militärischen, politischen und ökonomischen Institutionen auflösen, wäre die angemessene Antwort für die Bundesrepublik, die für 1992 geplante Westintegration in die EG nicht zu vollziehen. Auch die NATO bedarf einer Abrüstung. Ein Festhalten am geplanten EG-Binnenmarkt und das Beharren auf der NATO verhindern die Schaffung eines gemeinsamen Hauses Europa. Ein gemeinsames Haus kann es nicht geben, wenn darunter der Anschluß Ostmitteleuropas an Westeuropa gemeint ist. Es bedarf eines Aufeinanderzureformierens. Wenn die Selbstbestimmung der Völker in einem gemeinsamen Haus Europa gewollt wird, ist es nicht sinnvoll, die Institutionen der EG zu nutzen. Die EG verkörpert die sogenannte westliche Wertegemeinschaft, und zwar in imperialer Weise. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte sich daher entweder im Rahmen der KSZE (zum Beispiel der Wirtschaftskonferenz der KSZE im März 1990 in Bonn) und/oder im Rahmen von UNO-Institutionen (zum Beispiel der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa, ECE) abspielen.

West-Berlin ist aufgrund seiner geographischen Lage durch die Reisefreiheit der DDR-Bürger, durch Übersiedler, Aussiedler und Asylsuchende finanziell besonders belastet. Diese Belastungen dürfen nicht dazu führen, daß geplante Projekte und damit eine ökologische und soziale Gestaltung der Stadtentwicklung verhindert werden. Deshalb braucht West-Berlin verstärkt

finanzielle Mittel von Seiten des Bundes. Darüber hinaus ist West-Berlin politisch-wirtschaftlich voll in die Bundesrepublik zu integrieren. Der militärische Schutz wird von der KSZE übernommen. Damit wird ein Friedensvertrag mit „Deutschland“ überflüssig.

4.

Es ist zu hoffen, daß es allen reformerischen Kräften in der DDR, in Regierung und Opposition gemeinsam, gelingt, einen Weg zu finden, der die Verkrustungen der Politbürokratie und der zentralisierten Planwirtschaft überwindet, ohne der Ökonomie die Herrschaft über die gesellschaftliche Entwicklung zu überlassen. Ein demokratisch gestalteter Primat der Politik ist notwendig, um Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen und einen menschen- und naturgemäßen Umgang mit der Mitwelt zu sichern.

Außerdem ist zu hoffen, daß durch praktizierte Selbstbestimmung beziehungsweise gesellschaftlich-emanzipatorische Entwicklung in der DDR die Grenzfrage beziehungsweise die deutsche Frage für die in der DDR lebenden Menschen so an Bedeutung verliert wie für Österreicher - dies auch im Interesse von Abrüstung, Frieden und Auflösung der Blöcke, im Interesse des gemeinsamen Europa. Eine Politik der Auflösung (nicht sofortigen Abschaffung) der Blöcke muß der leidigen Tatsache Rechnung tragen, daß die Zugehörigkeit der DDR zur Warschauer Vertragsorganisation die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung unter den derzeitigen Bedingungen erhöht und nicht mindert. Selbstbestimmung im Innern und Selbstbeschränkung nach außen gehören zusammen, soll die eigenständige Entwicklung der Völker in einem gemeinsamen Haus Europa gewährleistet werden.

5.

Auf diese Weise sollten sich unsere Gesellschaften beziehungsweise Staaten aufeinander zu reformieren, im Sinne politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell praktizierter Menschenrechte in beiden deutschen Gesellschaften, mit dem Wunsch nach und der zunehmenden Realität einer angenehmeren natürlichen Mitwelt, im Sinne des friedlichen selbstbestimmten Zusammenlebens der Völker Europas, die gemeinsam darum bemüht sind, durch praktizierte sozietär-ökologische Lebensweise den Ländern der sogenannten Dritten Welt die Chance zu eigenständiger Entwicklung zu ermöglichen.

Entgegen einer solchen Entwicklungsperspektive steht zu fürchten, daß stattdessen de facto die Strukturen von NATO und EG zementiert werden, die ostmitteleuropäischen Staaten das politische und ökonomische System westlicher Provenienz sehr weitgehend übernehmen. Damit würde eine einmalige Chance der Erneuerung verspielt, womit auch die Reformierbarkeit des westlichen Teils Europas erschwert würde.¹

¹ Zu dem Kohlschen Plan „konföderativer Strukturen“, vgl. R. Damus im „Grünen Basisdienst“, Hg. v. Bundesvorstand Die GRÜNEN, Dezember 1989.